

Amts- und Anzeigebblatt

für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

Abzugspreis vierteljährlich M. 3.00 einschließl. des Post-Unterhaltungsblattes in der Geschäftsstelle, bei unseren Boten sowie bei allen Reichspostanstalten. — Erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage für den folgenden Tag.

Tageblatt für Eibenstock, Carlsfeld, Hundshübel, Neuheide, Oberjühnggrün, Schönheide, Schönheiderhammer, Soja, Unterjühnggrün, Wildenthal usw.

Anzeigenpreis: die Reinspaltige Zeile 20 Wg. auswärts 25 Wg. Im Reklameteil die Zeile 30 Wg. Im amtlichen Teile die gespaltene Zeile 30 Wg. Annahme der Anzeigen bis spätestens nachmittags 10 Uhr, für größere Tage vorher. Eine Gewähr für die Aufnahme der Anzeigen am nächsten oder am vorgeschriebenen Tage sowie an bestimmter Stelle wird nicht gegeben, ebensowenig für die Richtigkeit der durch Fernsprecher abgegebenen Anzeigen.

Verl.-Adr.: Amtsblatt.

Verantwortl. Schriftleiter, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock. 66. Jahrgang.

Fernsprecher Nr. 110.

Nr. 203.

Mittwoch, den 3. September

1919.

Das Konkursverfahren über den Nachlaß des am 26. Oktober 1913 in Eibenstock verstorbenen Fabrikanten **Max Ludwig in Eibenstock** wird nach Abhaltung des Schlußtermins hierdurch **aufgehoben**.

Eibenstock, den 31. August 1919.

Das Amtsgericht.

Durch Verfügung des Oberversicherungsamtes zu Zwickau vom 20. August 1919 ist

der Ortslohn

für den Bezirk des Versicherungsamtes bei dem Stadtrate zu Eibenstock gemäß § 151

Abf. 1 Satz 2 Reichsversicherungsordnung auf die Zeit vom 1. November 1919 ab bis zur nächsten allgemeinen Festsetzung der Ortslöhne wie folgt geändert:

4 M. 50 Wg. für männliche Versicherte	über 21 Jahre,
3 " — " weibliche	" 21 "
3 " — " männliche	" von 16—21 Jahren,
2 " 20 " weibliche	" 16—21 "
2 " 20 " männliche	" 14—16 "
1 " 60 " weibliche	" 14—16 "
1 " 60 " männliche	" unter 14 "
1 " 20 " weibliche	" 14 "

Eibenstock, den 1. September 1919.

Das Versicherungsamt beim Stadtrat zu Eibenstock.

Die Militärrevolte in Lettland.

Graf v. d. Golz gegen die Plünderer.

Der kommandierende General Graf v. d. Golz hat nachstehenden Tagesbefehl an die ihm unterstellten Truppen erlassen:

Am 25. August abends haben etwa zweihundert Mann deutsche und in russischen Diensten befindliche Soldaten plündernd die Stadt durchzogen, haben die lettische Kaserne, dann das Haus der englischen Mission geplündert und die lettische Bank zu plündern versucht. Gemeine Plünderungssucht ist die einzige Triebfeder für ihr Handeln. Die Schandtaten solcher Lumpen schänden den deutschen und russischen Namen. Der Gouverneur hat durch Bereitstellung von Waffen und Nachpatrouillen Vorsorge getroffen, daß sich solche Vorfälle nicht wiederholen. Auf jeden Plünderer ist rücksichtslos zu schließen, wengleich die Kugel fast zu schade für solches Gesindel ist.

Lettischer Protest.

Wie wir erfahren, hat der lettische Gesandte in Berlin dem Reichsminister Hermann Müller ein Telegramm mit einem Protest überreicht. Reichsminister Müller verurteilte durchaus die Uebergriffe. Er erklärte, daß er nach wie vor an der beschleunigten Räumung Lettlands durch die deutschen Truppen festhalte und sprach die Hoffnung aus, daß es den Truppenführern gelingen werde, die Truppen zur Aufgabe ihrer Widergesetzlichkeit zu bringen.

Der Rigauer Volksrat nahm nach Ausführungen des Sozialdemokraten Dr. Mender über die Lettland durch die weiteren Ereignisse drohenden Gefahren eine Entschliebung an, worin der Volksrat gegen den Ueberfall der Truppen von der Golz' und des Grafen Keller wie überhaupt gegen den Aufenthalt dieser Truppen in Lettland protestiert, weil hinter ihnen alle Feinde des demokratischen lettischen Staates ständen.

Der Durchbruch der Bolschewisten bei Pleskau.

Nach Einnahme von Pleskau durch die Bolschewisten ist die Lage an der Front ernst. Nach einer Besprechung in der englischen Mission zu Mitau zwischen dem Vertreter des estnischen Höchstkommandierenden und dem Führer des Detachements Keller ergab sich eine Einigung zwecks einer gemeinsamen Befreiung der Front.

Eine Meldung des Blattes „Postifen“ aus Reval besagt, daß durch den Fall Pleskaus die russische Nordarmee eine Katastrophe erlitt; die Armee sei völlig aufgerieben worden. Gewaltige Vorräte seien in die Hände der Bolschewiki gefallen. Zwischen den Bolschewiki und der estländischen Regierung hätten Friedensverhandlungen begonnen.

In einer Meldung aus Mitau vom 1. September wird die Lage an der estnisch-lettischen Front bei Pleskau ebenfalls als äußerst bedrohlich bezeichnet. Der Frontdurchbruch der Bolschewisten sei vollständig gelungen. Die lettische Regierung befördere beschleunigt

baltische Landeswehr an die Front.

Nach Abtransport der baltischen Landeswehr stehen der lettischen Regierung in Kurland keine nennenswerten Truppen mehr zur Verfügung. Es seien örtliche Aufstände von Bolschewisten in den von den deutschen Truppen geräumten Gebieten ausgebrochen. — Russische, lettische und baltische

tungen beurteilen die Lage sehr ernst. Die Stimmen, die deutsche Unterstützung fordern, mehren sich ständig.

Die Heimsendung unserer Kriegsgefangenen.

Aus Amsterdam wird gemeldet: Der erste Transport von tausend deutschen Kriegsgefangenen hat am 30. August Frankreich verlassen. Das ist die höchste Anzahl, für die die deutsche Regierung Vorbereitungen zu treffen vermochte. Die Entente ist in der Lage, täglich 3000 Mann abzusenden, und kann die Transporte bis 6000 Mann steigern, falls die deutschen Behörden die nötigen Eisenbahnwagen zur Verfügung zu stellen vermögen. Die Heimsendung der Kriegsgefangenen aus Großbritannien hängt von dem Seetransport ab, den Deutschland nach dem Friedensvertrag zu stellen gezwungen ist. Sobald Deutschland genügend Schiffe zur Verfügung stellt, kann der Abtransport beginnen.

Einer Neutermeldung zufolge sind Anordnungen zur Heimbeförderung der auf französischem Boden in englischer Hand befindlichen deutschen Gefangenen getroffen worden.

Nach der Pariser Ausgabe des „Newyork Herald“ sollen Amerika und England beschloffen haben, im Laufe der nächsten oder übernächsten Woche täglich weitaußen deutsche Kriegsgefangene abzutransportieren. Augenblicklich befinden sich 48000 deutsche Kriegsgefangene unter amerikanischer Bewachung.

Wie von unterrichteter Seite verlautet, sind diese Auslandsmeldungen mit großer Vorsicht aufzunehmen. Die Waffenstillstands-Kommission glaubt alle Veranlassung zu haben, diese Nachrichten aufse ernsteste bezweifeln zu müssen. Die Verhandlungen mit der Entente über die Rückkehr der Kriegsgefangenen sind noch keineswegs abgeschlossen. Die Transporte können demnach auch noch gar nicht begonnen haben. Vermutlich handelt es sich bei den vorliegenden Nachrichten nur um Gerüchte und Kränke. Zutreffend ist, daß die deutschen Vorbereitungen zum Transport erst im Werden begriffen sind, aber auch daran trägt die Entente Schuld, da sie uns durch den Friedensvertrag einer solchen Menge von Waggons beraubt hat, daß der vorhandene geringe Vorrat fast ausschließlich zum Transport von Lebensmitteln gebraucht werden muß.

Der Sonderauschuß

für den Rücktransport der deutschen Kriegsgefangenen setzt sich wie folgt zusammen: für Frankreich: Jouvin und Konsul Althand; für Amerika: ein General und Herr E. L. Brestel; für England: General Beiffel und Robert Sansittard; für Italien: Major Augusto Stranieri und Oberstleutnant Toni und für Japan: Oberst Ragai und Herr Shibemitsu.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

— Neue Unterstaatssekretäre. Amtlich wird nunmehr bekannt gegeben, daß der Stellvertreter des preussischen Staatskommissars für Volksernährung, Dr. Peters, zum Unterstaatssekretär im Reichsernährungsministerium ernannt worden ist. Ferner ist Professor Dr. Julius Hirsch als Unter-

staatssekretär ins Reichswirtschaftsministerium berufen worden. — Professor Hirsch, der bei der Gründung der Kölner Universität zum Professor ernannt wurde, ist aus der kaufmännischen Praxis hervorgegangen und war sieben Jahre lang als Kaufmann im Textilgewerbe, im Großhandel, in der chemischen Industrie und im Versicherungswesen tätig. 1916 wurde er in die Reichspreisstelle berufen, war dort und im Reichsernährungsamt zunächst Sachverständiger für Handelsfragen und später Referent.

— Die Heeresverminderung aufgeschoben. Der Reichswehrminister Noske erklärte in Darmstadt, daß im Einvernehmen mit den Alliierten die Herabsetzung der Heeresmacht in der Hauptsache erst im kommenden Frühjahr vorgenommen werden wird mit Rücksicht auf im Winter etwa neu auslebende Putsch und Unruhen. Ferner wies der Reichswehrminister darauf hin, daß die Unruhen in Oberschlesien nur durch das schnelle und energische Eingreifen der Reichswehr unterdrückt werden konnten, und daß die Reichsregierung fest entschlossen sei, bei allen ähnlichen Fällen mit der größten Schnelligkeit und mit der gleichen Schärfe vorzugehen, damit endlich Ruhe in Deutschland geschaffen werde. Bedauerlicherweise seien besonders die bürgerlichen Kreise noch nicht vom Vertrauen in die Zukunft des deutschen Volkes durchdrungen. Ohne dieses Vertrauen aber sei ein Wiederaufbau Deutschlands unmöglich.

— Streikemann über die Lage. Abg. Stresemann (D. Sp.) sprach in Osnabrück über die Lage. Die Stellung der Deutschen Volkspartei gegenüber anderen Parteien kennzeichnete er in kurzen Strichen: Erzbergers Finanzpläne lehnte er in ihrer jetzigen Form ab, weil sie zu einer jetzt nicht erträglichen Schwächung und Verschärfung der produktiven Unternehmungen führen würden. Das Problem der deutschen Finanzfrage sei nur durch den Anteil des Reiches am Gewinn der gesamten Erzeugung unter Befreiung der freien Initiative und Gewinnmöglichkeit für die Unternehmer zu lösen. Die Deutsche Volkspartei wird für die Reichseinheit eintreten und ein Aufgehen Preussens in das Reich billigen, wenn die süddeutschen Staaten dasselbe Opfer brächten. Gegenüber der möglichen wirtschaftlichen Katastrophe des Winters mit ihren Folgen müsse die Parteipolitik zurücktreten und die Sammlung aller besonnenen Elemente von der Sozialdemokratie bis zur Rechten erfolgen, um das Schwerkste von uns abzuwenden.

— Neue Bandenangriffe in Oberschlesien. Das Generalkommando des 6. Armeekorps meldet: Eine starke feindliche Bande griff am 30. August abends Klein-Gorschah an, das vorübergehend geräumt wurde. Beim Eintreffen von Verstärkungen ging der Feind über die Grenze zurück. In Gegend Gorkowij fanden mit Banden an der Grenze Zusammenstöße statt. Ein Bandenüberfall auf eine Feldwache in Gegend östlich Benthens D. S. wurde abgewiesen. Bei Waffendurchsuchung in Kobelwitz wurde ein Pole, der auf unsere Truppen schoß, getötet.

— Vor neuen Unruhen in München? In München herrscht bis zu einem gewissen Grade wieder Kriegszustand. Die Propagandatätigkeit der Kommunisten ist derart, daß die militärischen Sicherheitsmaßnahmen in der Stadt wieder verstärkt werden mußten. Die Reichswehrtruppen sind in den einzelnen Stadtbezirken auf Maschinenengewehrposten aufgezo-gen.